



Presseinformation

06. Mai 2008

**FDP-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag**

**Dr. Philipp Rösler
Fraktionsvorsitzender**

Tel 05 11 / 30 30 4301

Fax 05 11 / 30 30 4863

Mail nds@fdp.de

www.fdp-fraktion-nds.de

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1

30159 Hannover

Pressesprecherin:

Silke Schaar

Tel 05 11 / 30 30 4302

Mobil 01 63 / 2 61 60 65

silke.schaar@lt.niedersachsen.de

**Rede zur
Altpapierentsorgung
Christian Dürr
Umweltpolitischer Sprecher**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

wir diskutieren jetzt das zweite Mal über das Thema Altpapier und es lässt sich heute eines feststellen: Der von Rot-Rot-Grün prophezeite Häuserkampf, der geradewegs ins Chaos führen sollte, ist **nicht** eingetreten. Die Menschen haben nicht zig verschiedene Tonnen vor ihren Häusern stehen. Dort, wo es bisher an adäquaten Entsorgungsmöglichkeiten gefehlt hat, ist es vielfach zu Verbesserungen durch private Unternehmen gekommen. Dort, wo man seine Hausaufgaben gemacht hat,

sind Unternehmen, die eine zweite Tonne aufstellen wollten, auch schnell wieder verschwunden.

Nun kann man ja in der Abfallpolitik durchaus unterschiedlicher Auffassung sein. Aber am Ende geht es doch um eine einzige Frage: Wem gehört das Altpapier der Bürgerinnen und Bürger? Und natürlich denken die Parteien, die von Eigentum nicht so viel halten, da als allererstes an den Staat. Nein, meine Damen und Herren, das Altpapier gehört den Bürgern selbst und sie sollten daher auch selbst darüber entscheiden dürfen, wem sie es zur Entsorgung geben.

Wir sollten als Umweltpolitiker froh sein, dass Abfälle, die oftmals wertvolle Rohstoffe sind, mittlerweile einen echten Wert haben. Es ist ein gutes Zeichen eines funktionierenden Marktes, wenn immer mehr Abnehmer diese Rohstoffe haben wollen. Anstatt jetzt Katastrophenszenarien an die Wand zu malen, sollten Rote, Grüne und Linke akzeptieren, dass wir mit der immer weiter verbreiteten haushaltsnahen Sammlung von Altpapier gerade bei den Recyclingquoten einen echten Schritt nach vorn machen. Auch wenn das nicht in ihr Weltbild passt: Dieser Markt nützt am Ende vor allem der Umwelt.

Und dann wird von Ihrer Seite ja immer wieder behauptet, dass private Altpapierentsorger durch ihre Sammlung die Gebühren für den Restmüll in die Höhe treiben würden. Weil die Gebühren für die anderen Tonnen bisher durch das Altpapier quersubventioniert werden, könnten nach ihrer Meinung die Abfallgebühren insgesamt steigen. Es stellt sich doch die Frage, warum man nicht auch hier mehr Wettbewerb wagen soll. Wenn ein Haushalt sein Altpapier der Kommune gibt; warum soll er dann nicht einen Rabatt auf die anderen Tonnen bekommen? Und umgekehrt derjenige, der sein Altpapier einem anderen Entsorger gibt, muss dann damit rechnen, dass er mehr für seinen Restmüll bezahlt. Es wird sich dann zeigen, ob der neue Anbieter bereit ist, für das Altpapier etwas zu zahlen, so dass es sich für den Bürger lohnt. All das ist möglich. Dafür brauchen wir aber keine Gesetzesänderung.

In diesem Zusammenhang behaupten Sie ja auch, dass die Kommunen vollkommen hilflos den privaten Entsorgern ausgeliefert sind und sich nicht wehren könnten. Das ist die glatte Unwahrheit, meine Damen und Herren! Wenn eine konkrete Beeinträchtigung des öffentlichen Interesses nachgewiesen werden kann – z.B. weil die Funktionsfähigkeit der kommunalen Entsorgung durch erhebliche

Gebührensteigerungen gefährdet ist – dann kann eine Kommune das Aufstellen blauer Tonnen selbstverständlich verhindern!

Ich will das einmal am Beispiel der Abfallwirtschaft Region Hannover – kurz „aha“ – deutlich machen. Die „aha“ hat sich in der Vergangenheit massiv in den privaten Markt für **Gewerbeabfälle** eingemischt und mit Dumpingpreisen mittelständische Unternehmen mitsamt den Arbeitsplätzen aus der Region vertrieben! [Bsp.: Pape]

Gleichzeitig hat es „aha“ nicht auf die Reihe gekriegt, den Haushalten ein vernünftiges Entsorgungsangebot für Altpapier zu machen. Erst als private Unternehmen dies durch die Aufstellung eigener Papiertonnen verbessern wollten, ist dieser sozialdemokratische Schlafverein aufgewacht!

Dann wollte man den Privaten diese Verbesserung des Entsorgungsangebots gerichtlich verbieten lassen, weil man selbst nicht in der Lage war, den Bürgern Papiertonnen zur Verfügung zu stellen. Das hat mit einer Gefährdung der Funktionsfähigkeit der kommunalen Entsorgung nichts zu tun! Da hat man schlicht und einfach gepennt und deshalb war es auch richtig, dass die Gerichte da nicht mitgemacht haben.

Anrede,

wer seine Hausaufgaben bei der Abfallentsorgung über Jahre nicht gemacht hat, der hat auch kein Recht darauf vor privater Konkurrenz geschützt zu werden!

Im Übrigen muss man eines noch einmal unterstreichen: Das, was Grüne, SPD und Linke hier wollen – nämlich den Wettbewerb zu verbieten – würde nicht nur gegen EU-Wettbewerbsrecht verstoßen, sondern käme einem Berufsverbot gleich. Und das wäre verfassungswidrig, meine Damen und Herren. Da machen wir nicht mit!

Ich will zum Schluss noch auf einen, wie ich finde, bemerkenswerten Punkt im Antrag der Grünen hinweisen. Da wird in Punkt zwei gefordert, dass gemeinnützige Vereine nur noch unter Vorbehalt Altpapier einsammeln dürfen. Bisher ist es so, dass gemeinnützige Vereine eine herausgehobene Stellung im Abfallgesetz haben. Das ist übrigens ein Grund, warum viele private Unternehmen mit Vereinen zusammenarbeiten und die Vereine davon stark profitieren.

Ich finde es schon unglaublich, dass sich ihr Antrag nicht nur gegen Unternehmen sondern auch gegen gemeinnützige Vereine richtet, die mit den Erlösen aus dem Altpapier ihre Jugendabteilungen und andere wichtige Aufgaben finanzieren. Das ist ein Schlag ins Gesicht all der Ehrenamtlichen, die für ihre Vereine ihre Freizeit opfern. Das ist die Politik der Grünen. Und Rote und Linke machen da fleißig mit. Da haben sich drei gefunden! Den Schaden, den Sie anrichten wollen, werden wir von der Gesellschaft abwenden!